

BRIEF AN DEN PARTEITAG<sup>[1]</sup>

UBER DIE AUSSTATTUNG  
DER STAATLICHEN PLANKOMMISSION  
MIT GESETZGEBERISCHEN FUNKTIONEN

ZUR FRAGE  
DER NATIONALITÄTEN  
ODER DER „AUTONOMISIERUNG“

Diktirt Dezember 1922 – Januar 1923.  
Veröffentlicht 1956 in der  
Zeitschrift „Kommunist“ Nr. 9  
Und als Broschüre

Nach der stenografischen  
Aufzeichnung

## I

### BRIEF AN DEN PARTEITAG

Ich würde sehr empfehlen, auf diesem Parteitag eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen.

Ich möchte Ihnen die Erwägungen mitteilen, die ich für die wichtigsten halte.

In erster Linie rate ich, die Zahl der Mitglieder des ZK auf einige Dutzend oder sogar auf hundert zu erhöhen. Mir scheint, unserem Zentralkomitee würden, falls wir eine solche Reform nicht vornehmen, große Gefahren drohen, wenn sich der Gang der Ereignisse nicht ganz günstig für uns gestaltet (damit müssen wir aber rechnen).

Sodann möchte ich der Aufmerksamkeit des Parteitags empfehlen, den Beschlüssen der Staatlichen Plankommission unter bestimmten Voraussetzungen gesetzgeberischen Charakter zu verleihen, diesbezüglich also Gen. Trotzki bis zu einem gewissen Grad und unter gewissen Bedingungen entgegenzukommen.

Was den ersten Punkt betrifft; d. h. die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK, so glaube ich, dass das nötig ist, sowohl um die Autorität des ZK zu heben als auch um ernsthaft an der Verbesserung unseres Apparats zu arbeiten und um zu verhindern, dass Konflikte kleiner Teile des ZK eine übermäßig große Bedeutung für das ganze Schicksal der Partei erlangen könnten.

Ich glaube, dass unsere Partei das Recht hat, von der Arbeiterklasse 50–100 Mitglieder des ZK zu verlangen, und dass sie diese von ihr ohne übermäßige Anspannung ihrer Kräfte erhalten kann.

Eine solche Reform würde unsere Partei erheblich festigen und ihren Kampf erleichtern, den sie inmitten feindlicher Staaten zu führen hat, und der sich meiner Meinung nach in den nächsten Jahren stark zuspitzen kann und muss. Mir scheint, dass unsere Partei durch eine solche Maßnahme tausendfach an Stabilität gewinnen würde.

*Lenin*

23.12.1922

Niederschrift: M. W.

## II

Fortsetzung der Aufzeichnungen.

24. Dezember 1922

Unter der Stabilität des Zentralkomitees, von der ich oben gesprochen habe, verstehe ich Maßnahmen gegen eine Spaltung, insoweit solche Maßnahmen überhaupt getroffen werden können. Denn der Weißgardist in der „Russkaja Mysl“ (ich glaube, es war S. F. Oldenburg<sup>[21]</sup>) hatte natürlich recht, als er erstens seine Hoffnungen in dem Spiel dieser Leute gegen Sowjetrußland auf eine Spaltung unserer Partei setzte und als er zweitens seine Hoffnungen hinsichtlich dieser Spaltung auf sehr ernste Meinungsverschiedenheiten in der Partei setzte.

Unsere Partei stützt sich auf zwei Klassen, und deshalb ist ihre Instabilität möglich und ihr Sturz unvermeidlich, wenn es dahin käme, dass zwischen diesen beiden Klassen kein Einvernehmen erzielt werden könnte. Es ist zwecklos, für diesen Fall diese oder jene Maßnahme zu treffen und überhaupt von der Stabilität unseres ZK zu sprechen. Keinerlei Maßnahmen werden in diesem Fall eine Spaltung verhindern können. Ich hoffe jedoch, das

liegt in allzu ferner Zukunft und ist ein allzu unwahrscheinliches Ereignis, als dass man darüber sprechen müsste.

Ich meine mit Stabilität die Garantie vor einer Spaltung in allernächster Zeit und beabsichtige, hier eine Reihe von Erwägungen rein persönlicher Natur anzustellen.

Ich denke, ausschlaggebend sind in der Frage der Stabilität unter diesem Gesichtspunkt solche Mitglieder des ZK wie Stalin und Trotzki. Die Beziehungen zwischen ihnen stellen meines Erachtens die größere Hälfte der Gefahr jener Spaltung dar, die vermieden werden könnte und zu deren Vermeidung meiner Meinung nach unter anderem die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50, auf 100 Personen dienen soll.

Gen. Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermessliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, dass er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Gen. Trotzki, wie schon sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewusstsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.

Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen.

Ich will die persönlichen Eigenschaften der anderen Mitglieder des ZK nicht weiter charakterisieren. Ich erinnere nur daran, dass die Episode mit Sinowjew und Kamenew im Oktober<sup>[3]</sup> natürlich kein Zufall war, dass man sie ihm (Offenbar ein Schreibfehler: statt „ihm“ muss es sinngemäß „ihnen“ heißen. Die Red.) aber ebenso wenig als persönliche Schuld anrechnen kann wie Trotzki den Nichtbolschewismus.

Was die jungen Mitglieder des ZK betrifft, so möchte ich einige Worte über Bucharin und Pjatakow sagen. Das sind meines Erachtens die hervorragendsten Kräfte (unter den jüngsten Kräften), und ihnen gegenüber sollte man folgendes im Auge haben: Bucharin ist nicht nur ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas Scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert und, glaube ich, nie vollständig begriffen).

25.12.

Nun zu Pjatakow. Er ist zweifellos ein Mensch mit großer Willenskraft und glänzenden Fähigkeiten, der jedoch einen allzu starken Hang für das Administrieren und für administrative Maßnahmen hat, als dass man sich in einer ernsten politischen Frage auf ihn verlassen könnte.

Natürlich mache ich die eine wie die andere Bemerkung nur für die Gegenwart und für den Fall, dass diese beiden hervorragenden und ergebenden Funktionäre keine Gelegenheit finden sollten, ihr Wissen zu erweitern und ihre Einseitigkeit zu überwinden.

*Lenin*

25.12.1922

Niederschrift: M. W.

## ERGÄNZUNG ZUM BRIEF VOM 24. DEZEMBER 1922

Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin

ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, dass er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann.

*Lenin*

Niederschrift: L. F.

4. Januar 1923

### III

Fortsetzung der Aufzeichnungen.

26. Dezember 1922

Die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50 oder sogar 100 Personen soll meines Erachtens einem doppelten oder sogar dreifachen Ziel dienen: Je mehr Mitglieder dem ZK angehören, desto mehr Genossen werden in der ZK-Arbeit geschult und desto geringer wird die Gefahr einer Spaltung auf Grund irgendeiner Unvorsichtigkeit sein. Die Einbeziehung vieler Arbeiter in das ZK wird den Arbeitern helfen, unseren Apparat zu verbessern, der unter aller Kritik ist. Im Grunde genommen wurde er uns vom alten Regime hinterlassen, denn es war völlig unmöglich, ihn in so kurzer Zeit, besonders während des Krieges, der Hungersnot usw. umzugestalten. Daher kann man den „Kritikern“, die uns spöttisch oder boshaft mit Hinweisen auf die Defekte unseres Apparates aufwarten, ruhig antworten, dass diese Leute die Bedingungen der gegenwärtigen Revolution absolut nicht begreifen. Den Apparat in einem Jahr fünf hinreichend umzugestalten ist überhaupt unmöglich, besonders unter den Bedingungen, unter denen sich die Revolution bei uns vollzogen hat. Es genügt, dass wir in fünf Jahren einen Staat von neuem Typus geschaffen haben, in dem die Arbeiter, gefolgt von den Bauern, gegen die Bourgeoisie vorgehen, auch das ist angesichts der feindlichen internationalen Umgebung eine gigantische Leistung. Aber dieses Bewusstsein darf uns den Blick nicht dafür trüben, dass wir im Grunde den alten Apparat vom Zaren und von der Bourgeoisie übernommen haben und dass jetzt, nachdem der Frieden gekommen und der minimale Bedarf zur Stillung des Hungers gesichert ist, alle Arbeit darauf gerichtet sein muss, den Apparat zu verbessern.

Ich stelle mir die Sache so vor, dass einige Dutzend Arbeiter, die Mitglieder des ZK werden, sich besser als irgend jemand sonst damit befassen können, unseren Apparat zu überprüfen, zu verbessern und neu zu gestalten. Die Arbeiter- und Bauerninspektion, die diese Funktion zunächst innehatte, erwies sich als außerstande, ihr gerecht zu werden, und kann lediglich als „Anhängsel“ oder unter bestimmten Voraussetzungen als Helferin dieser Mitglieder des ZK Verwendung finden. Die Arbeiter, die ins ZK aufzunehmen sind, dürfen meiner Meinung nach vorwiegend nicht unter jenen Arbeitern ausgewählt werden, die einen langen Sowjetdienst durchgemacht haben (in diesem Teil meines Briefes zähle ich zu den Arbeitern überall auch die Bauern), weil sich bei diesen Arbeitern schon bestimmte Traditionen und bestimmte Vorurteile herausgebildet haben, die wir gerade bekämpfen wollen.

Arbeitermitglieder des ZK sollen vorwiegend Arbeiter sein, die unter jener Schicht stehen, welche bei uns in den fünf Jahren in die Reihen der Sowjetangestellten aufgerückt ist, und mehr zu den einfachen Arbeitern und zu den Bauern gehören, die jedoch nicht direkt oder indirekt unter die Kategorie der Ausbeuter fallen. Ich glaube, dass solche Arbeiter, die in allen

Sitzungen des ZK, in allen Sitzungen des Politbüros anwesend sind und alle Dokumente des ZK lesen, einen Stamm ergebener Anhänger der Sowjetordnung bilden können, die erstens fähig sind, dem ZK selbst Stabilität zu verleihen, und die zweitens imstande sind, wirklich an der Erneuerung und Verbesserung des Apparats zu arbeiten.

*Lenin*

Niederschrift: L. F.  
26.12.1922

## IV

Fortsetzung der Aufzeichnungen.  
27. Dezember 1922

### ÜBER DIE AUSSTATTUNG DER STAATLICHEN PLANKOMMISSION MIT GESETZGEBERISCHEN FUNKTIONEN

Diesen Gedanken hat Gen. Trotzki, scheint mir, schon vor langem geäußert. Ich trat dagegen auf, weil ich der Ansicht war, dass sich dann im System unserer gesetzgeberischen Institutionen eine tiefgehende Unstimmigkeit zeigen werde. Aber nach aufmerksamer Prüfung finde ich, dass der Gedanke eigentlich einen gesunden Kern hat, nämlich: die Staatliche Plankommission steht etwas abseits von unseren gesetzgeberischen Institutionen, obwohl sie als ein Gremium von Fachleuten, Experten, Vertretern der Wissenschaft und Technik im Grunde die meisten Voraussetzungen besitzt, um die Dinge richtig zu beurteilen.

Indessen sind wir bisher von dem Standpunkt ausgegangen, dass die Staatliche Plankommission dem Staat kritisch gesichtetes Material zu liefern hat, während die staatlichen Institutionen über die staatlichen Angelegenheiten entscheiden sollen. Ich glaube, bei der gegenwärtigen Lage, da sich die staatlichen Angelegenheiten ungewöhnlich kompliziert haben, da auf Schritt und Tritt abwechselnd Fragen zu lösen sind, die ein Gutachten von Mitgliedern der Staatlichen Plankommission erfordern, und solche, die ein Gutachten nicht erfordern, ja mehr noch, Angelegenheiten zu entscheiden sind, in denen einige Punkte ein Gutachten der Staatlichen Plankommission erfordern, während andere Punkte ein solches Gutachten nicht erfordern - ich glaube, dass man jetzt einen Schritt in der Richtung machen soll, die Kompetenzen der Staatlichen Plankommission zu erweitern.

Ich denke mir diesen Schritt so, dass die Beschlüsse der Staatlichen Plankommission nicht im üblichen Sowjetverfahren umgestoßen werden könnten, sondern zu ihrer Abänderung eines besonderen Verfahrens bedürften, indem man beispielsweise die Frage auf einer Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees vorbringt, eine neue Beschlussfassung darüber an Hand einer besonderen Instruktion vorbereitet, hierbei auf Grund besonderer Regeln schriftliche Berichte verfasst, um abzuwägen, ob der betreffende Beschluss der Staatlichen Plankommission aufzuheben ist, und schließlich, indem man besondere Fristen für die Abänderung eines Beschlusses der Staatlichen Plankommission festlegt usw.

In dieser Hinsicht, denke ich, kann und muss man Gen. Trotzki entgegenkommen, nicht aber darin, dass entweder jemand aus dem Kreis unserer politischen Führer oder der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats usw. der Staatlichen Plankommission vorstehen soll. Mir scheint, dass hier mit der prinzipiellen Frage gegenwärtig allzu eng die persönliche Frage verflochten ist. Ich denke, die Vorwürfe, die wir jetzt gegen den Vorsitzenden der Staatlichen

Plankommission, Gen. Krshishanowski, und seinen Stellvertreter, Gen. Pjatakow, hören, Vorwürfe, die wechselseitig erhoben werden, so dass wir einerseits Beschuldigungen wegen allzu großer Nachgiebigkeit, wegen Unselbständigkeit und Charakterlosigkeit und andererseits Beschuldigungen wegen allzu großer Schroffheit, wegen Feldwebelmanieren, ungenügend solider wissenschaftlicher Vorbildung usw. hören - ich denke, dass diese Vorwürfe zwei Seiten der Sache, ins Extrem gesteigert, zum Ausdruck bringen und dass wir in Wirklichkeit in der Staatlichen Plankommission eine kluge Verbindung zweier Charaktertypen brauchen, wobei Pjatakow für den einen und Krshishanowski für den anderen als Muster dienen kann. Ich glaube, dass an der Spitze der Staatlichen Plankommission ein Mann stehen muss, der wissenschaftlich gebildet ist, und zwar gerade auf technischem oder agronomischem Gebiet, über eine große, jahrzehntelange Arbeitserfahrung in der Technik oder Agronomie verfügt. Ich glaube, ein solcher Mann muss weniger die Eigenschaften eines Administrators besitzen als reiche Erfahrung und die Fähigkeit, Menschen zu gewinnen.

*Lenin*

27.12.1922

Niederschrift: M. W.

## V

Fortsetzung des Briefes  
über den gesetzgeberischen Charakter  
der Beschlüsse der Staatlichen Plankommission.  
28.12.1922

Ich habe bei einigen unserer Genossen, die fähig sind, die Lenkung der staatlichen Angelegenheiten entscheidend zu beeinflussen, die Tendenz festgestellt, die administrative Seite zu übertreiben, die natürlich am rechten Ort und zur rechten Zeit notwendig ist, die man aber mit der wissenschaftlichen Seite, mit der Erfassung der breiten Wirklichkeit, mit der Fähigkeit, Menschen zu gewinnen, usw. nicht verwechseln darf.

In jeder staatlichen Institution, besonders in der Staatlichen Plankommission, ist die Vereinigung dieser zwei Eigenschaften notwendig, und als mir Gen. Krshishanowski sagte, er habe Pjatakow für die Staatliche Plankommission gewonnen und sich mit ihm über die Arbeit verständigt, erklärte ich mich damit einverstanden, hegte aber einerseits im stillen gewisse Zweifel, während ich andererseits manchmal hoffte, dass wir hier eine Kombination beider Typen von Staatsmännern erhalten. Ob sich diese Hoffnung erfüllt hat, muss man jetzt abwarten und auf Grund etwas längerer Erfahrung beurteilen, aber im Prinzip, glaube ich, kann es keinem Zweifel unterliegen, dass eine solche Verbindung von Charakteren und Typen (Menschen, Eigenschaften) für das richtige Funktionieren der staatlichen Institutionen unerlässlich ist. Ich denke, übertriebene „Administriererei“ ist hier ebenso schädlich wie überhaupt jede Übertreibung. Der Leiter einer staatlichen Institution muss im höchsten Grade die Fähigkeit besitzen, Menschen zu gewinnen, und zugleich über hinreichend solide wissenschaftliche und technische Kenntnisse verfügen, damit er ihre Arbeit kontrollieren kann. Das ist das Grundlegende. Fehlt es daran, so kann es keine richtige Arbeit geben. Andererseits ist es sehr wichtig, dass er zu administrieren versteht und dafür einen geeigneten Gehilfen oder deren mehrere hat. Die Vereinigung dieser beiden Eigenschaften in einer Person dürfte wohl kaum vorkommen und wohl kaum erforderlich sein.

*Lenin*

Niederschrift: L. F.  
28. XII. 1922

## VI

Fortsetzung der Aufzeichnungen  
Über die Staatliche Plankommission.  
29. Dezember 1922

Die Staatliche Plankommission entwickelt sich bei uns offenbar allseitig zu einer Expertenkommission. An der Spitze einer solchen Institution muss unbedingt jemand mit großer Erfahrung und vielseitiger wissenschaftlicher Bildung auf dem Gebiet der Technik stehen. Die administrierende Kraft darf hier, im Grunde genommen, nur eine Stütze sein. Eine gewisse Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Staatlichen Plankommission ist vom Standpunkt der Autorität dieser wissenschaftlichen Institution unerlässlich und setzt nur eines voraus, nämlich Gewissenhaftigkeit ihrer Mitarbeiter und deren gewissenhaftes Bemühen, unseren Plan des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus in die Tat umzusetzen.

Diese letzte Eigenschaft kann man jetzt selbstredend nur als Ausnahme antreffen, denn die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler, aus denen sich die Staatliche Plankommission natürlicherweise zusammensetzt, ist unvermeidlich mit bürgerlichen Anschauungen und bürgerlichen Vorurteilen infiziert. Sie diesbezüglich zu kontrollieren muss die Aufgabe einiger Personen sein, die das Präsidium der Staatlichen Plankommission bilden können; sie müssen Kommunisten sein und im Verlauf der Arbeit Tag für Tag verfolgen, inwieweit die bürgerlichen Wissenschaftler ergebnislos sind, sich von den bürgerlichen Vorurteilen lossagen und auch wie sie allmählich zum Standpunkt des Sozialismus übergehen. Diese doppelte Arbeit einer solchen wissenschaftlichen Kontrolle im Verein mit rein administrativer Arbeit sollte das Ideal der Leiter der Staatlichen Plankommission unserer Republik sein.

*Lenin*

Niederschrift: M. W.  
29. Dezember 1922

Ist es zweckmäßig, die von der Staatlichen Plankommission zu leistende Arbeit in einzelne Aufträge zu gliedern, oder sollte man nicht umgekehrt danach streben, einen Kreis ständiger Spezialisten zu schaffen, die durch das Präsidium der Staatlichen Plankommission systematisch kontrolliert würden und alle Fragen, für die die Staatliche Plankommission zuständig ist, in ihrer Gesamtheit lösen könnten? Ich glaube, letzteres wäre zweckmäßiger, und man sollte danach streben, die Zahl der zeitweiligen und dringlichen Einzelaufgaben zu verringern.

Lenin

29. Dezember 1922  
Niederschrift: M.W.

## VII

Fortsetzung der Aufzeichnungen.  
29. Dezember 1922.

### (ZUM ABSCHNITT ÜBER DIE ERHÖHUNG DER ZAHL DER ZK-MITGLIEDER)

Wird die Zahl der Mitglieder des ZK erhöht, so muss man sich meinte Erachtens auch und wohl hauptsächlich damit befassen, unseren Apparat, der absolut nichts taugt, zu überprüfen und zu verbessern. Zu diesem Zweck müssen wir die Dienste hochqualifizierter Spezialisten in Anspruch nehmen, und es muss die Aufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion sein, diese Spezialisten zu stellen.

Wie man die Arbeit dieser Kontrollspezialisten, die ausreichende Kenntnisse haben, und dieser neuen Mitglieder des ZK verbindet – diese Aufgabe muss in der Praxis gelöst werden.

Mir scheint, die Arbeiter- und Bauerninspektion hat (infolge ihrer Entwicklung und infolge unseres Befremdens über ihre Entwicklung) als Ergebnis das gezeitigt, was wir jetzt beobachten, nämlich einen Übergangszustand von einem besonderen Volkskommissariat zu einer besonderen Funktion von Mitgliedern des ZK; von einer Institution, die alle und alles revidiert, zu einem Gremium nicht sehr zahlreicher, aber erstklassiger Revisoren, die gut bezahlt werden müssen. (Das ist besonders notwendig in unserem Jahrhundert, in dem für alles gezahlt werden muss, und angesichts des Umstands, dass die Revisoren direkt im Dienste jener Institutionen stehen, von denen sie am besten bezahlt werden.)

Wird die Zahl der Mitglieder des ZK entsprechend erhöht und werden diese Mitglieder mit Hilfe solcher hochqualifizierten Spezialisten und auf allen Gebieten kompetenten Mitglieder der Arbeiter- und Bauerninspektion Jahr für Jahr einen Lehrgang in Staatsverwaltung durchmachen, so werden wir, glaube ich, diese Aufgabe, mit der wir so lange nicht fertig werden konnten, erfolgreich lösen.

Also, noch einmal – bis zu 100 Mitglieder des ZK und nicht mehr als 400–500 Helfer, Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion, die im Auftrag dieser ZK-Mitglieder Revisionen vornehmen.

*Lenin*

29. Dezember 1922  
Niederschrift: M. W.

Fortsetzung der Aufzeichnungen.  
30. Dezember 1922

### ZUR FRAGE DER NATIONALITÄTEN ODER DER „AUTONOMISIERUNG“

Es scheint, ich habe mich vor den Arbeitern Rußlands sehr schuldig gemacht, weil ich mich nicht mit genügender Energie und Schärfe in die ominöse Frage der Autonomisierung<sup>[4]</sup> eingemischt habe, die offiziell, glaube ich, als Frage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezeichnet wird.



Im Sommer, als diese Frage auftauchte, war ich krank, und dann, im Herbst, setzte ich allzu große Hoffnungen auf meine Genesung und darauf, dass es mir auf dem Oktober- und Dezemberplenium<sup>[5]</sup> möglich sein würde, mich in diese Frage einzuschalten. Indessen konnte ich weder auf dem Oktoberplenium (bei diesem Punkt) noch auf dem Dezemberplenium anwesend sein, so dass diese Frage fast völlig ohne mich behandelt wurde.

Ich konnte lediglich mit Gen. Dzierzynski sprechen, der vom Kaukasus gekommen war und mir erzählte, wie diese Frage in Georgien steht. Auch mit Gen. Sinowjew konnte ich ein paar Worte wechseln und Ihm meine Befürchtungen hinsichtlich dieser Frage mitteilen. Auf Grund dessen, was Gen. Dzierzynski berichtete, der die Kommission leitete, die vom Zentralkomitee mit der „Untersuchung“ des georgischen Zwischenfalls betraut worden war, konnte ich nur die größten Befürchtungen hegen. Wenn es so weit gekommen war, dass Ordshonikidse sich zu physischer Gewaltanwendung hinreißen ließ, wie mir Gen. Dzierzynski mitteilte, so kann man sich vorstellen, in welchem Sumpf wir gelandet sind. Offenbar war dieses ganze Unterfangen mit der „Autonomisierung“ von Grund aus falsch und unzeitgemäß.

Man sagt, die Einheit des Apparats sei nötig gewesen. Woher stammten diese Behauptungen? Doch wohl von demselben russischen Apparat, den wir, wie ich schon in einer früheren Aufzeichnung meines Tagebuchs feststellte, vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben.

Zweifellos hätte man mit dieser Maßnahme so lange warten sollen, bis wir sagen konnten, dass wir uns für unseren Apparat wirklich wie für den eigenen verbürgen. Jetzt aber müssen wir, wenn wir ehrlich sein wollen, umgekehrt sagen, dass wir einen Apparat als eigenen bezeichnen, der uns in Wirklichkeit noch durch und durch fremd ist und ein bürgerlich-zaristisches Gemisch darstellt, das wir beim besten Willen in den fünf Jahren nicht überwinden konnten, in denen uns die Hilfe anderer Länder fehlte und wir uns vorwiegend militärisch „betätigten“ und die Hungersnot bekämpften.

Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, dass sich die „Freiheit des Austritts aus der Union“, mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nicht-russischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist. Kein Zweifel, dass der verschwindende Prozentsatz sowjetischer und sowjetisierter Arbeiter in diesem Meer des chauvinistischen großrussischen Packs ertrinken wird wie die Fliege in der Milch.

Man sagt zur Verteidigung dieser Maßnahme, die Volkskommissariate, die mit der nationalen Mentalität, dem nationalen Bildungswesen unmittelbar zu tun haben, seien ausgesondert worden. Doch hier ergibt sich die Frage, ob man diese Volkskommissariate völlig aussondern kann, und die zweite Frage, ob wir mit genügender Sorgfalt Maßnahmen getroffen haben, um die Nichtrussen tatsächlich vor dem echt russischen Dershimorda (Polizist in Gogols „Revisor“. Zu deutsch: Halt-die-Schnauze. Der Übers.) zu schützen. Ich glaube, wir haben diese Maßnahmen nicht getroffen, obwohl wir sie hätten treffen können und müssen.

Mir scheint, hier haben Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren wie auch seine Wut auf den ominösen „Sozialnationalismus“ eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wut ist in der Politik gewöhnlich überhaupt von größtem Übel.

Ich fürchte auch, dass Gen. Dzierzynski, der nach dem Kaukasus gefahren war, um die „Verbrechen“ dieser „Sozialnationalisten“ zu untersuchen, sich hier ebenfalls nur durch seine echt russische Gesinnung hervorgetan hat (bekanntlich neigen die russifizierten Nichtrussen stets zur Übertreibung, was die echt russische Gesinnung betrifft) und dass die Unvoreingenommenheit seiner ganzen Kommission durch Ordshonikidles „Handgreiflichkeit“ hinreichend charakterisiert wird. Ich meine, diese russische Handgreiflichkeit lässt sich durch keine Provokation und sogar durch keine Beleidigung rechtfertigen, und Gen. Dzierzynski hat eine nicht wiedergutzumachende Schuld auf sich geladen, weil er sich leichtfertig zu dieser Handgreiflichkeit verhielt.

Ordshonikidse verkörperte gegenüber allen anderen Bürgern im Kaukasus die Staatsmacht. Ordshonikidse hatte kein Recht zu jener Gereiztheit, auf die er und Dzierzynski sich beriefen. Ordshonikidse war im Gegenteil verpflichtet, eine solche Zurückhaltung zu üben, wie sie kein einziger gewöhnlicher Bürger üben muss, um so weniger einer, der eines „politischen“ Verbrechens angeklagt ist. Und die Sozialnationalisten waren ja, im Grunde genommen, Bürger, die eines politischen Verbrechens angeklagt waren, und die ganzen Umstände konnten diese Anklage nur so und nicht anders qualifizieren.

Hier ergibt sich bereits die wichtige prinzipielle Frage: Wie ist der Internationalismus zu verstehen.

(Weiter ist in der stenografischen Aufzeichnung folgender Text gestrichene „Ich bin der Meinung, dass unsere Genossen in diese wichtige prinzipielle Frage nicht genügend eingedrungen sind.“ Die Red.)

*Lenin*

30.12.1922

Niederschrift: M. W.

Fortsetzung der Aufzeichnungen.

31. Dezember 1922

## ZUR FRAGE DER NATIONALITÄTEN ODER DER „AUTONOMISIERUNG“

(Fortsetzung)

Ich habe bereits in meinen Schriften über die nationale Frage geschrieben, dass es nicht angeht, abstrakt die Frage des Nationalismus im Allgemeinen zu stellen. Man muss unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation.

Was die zweite Art von Nationalismus betrifft, so haben wir Angehörigen einer großen Nation uns in der geschichtlichen Praxis fast immer einer Unzahl von Gewalttaten schuldig gemacht, ja mehr als das, unmerklich für uns selbst fügen wir den anderen eine Unzahl von Gewalttaten und Beleidigungen zu – ich brauche mir nur meine Wolgazeit ins Gedächtnis zurückzurufen und mich daran zu erinnern, wie man bei uns die Nichtrussen behandelt, wie man einen Polen nicht anders denn „Polacken“ nennt, jeden Tataren als „Fürsten“ verspottet, den Ukrainer nur beim Spitznamen „Chochol“ ruft, alle Georgier und die Angehörigen anderer kaukasischer Stämme als „Kapkaser“ verhöhnt.

Deshalb muss der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder so genannten „großen“ Nation (obzwar groß nur durch ihre Gewalttaten, groß nur in dem Sinne, wie ein Dershimorda groß ist) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt. Wer das nicht begriffen hat, der hat die wirklich proletarische Einstellung zur nationalen Frage nicht begriffen, der ist im Grunde auf dem Standpunkt des Kleinbürgertums stehen geblieben und muss deshalb unweigerlich ständig zum bürgerlichen Standpunkt abgleiten.

Was ist für den Proletarier wichtig? Für den Proletarier ist nicht nur wichtig, sondern geradezu lebensnotwendig, sich seitens des Nichtrussen ein Maximum von Vertrauen im proletarischen Klassenkampf zu sichern. Was ist dazu nötig? Dazu ist nicht nur die formale Gleichheit nötig. Dazu ist nötig, durch sein Verhalten oder durch seine Zugeständnisse gegenüber dem Nichtrussen so oder anders das Misstrauen, den Argwohn zu beseitigen, jene

Kränkungen aufzuwiegen, die ihm in der geschichtlichen Vergangenheit von der Regierung der „Großmacht“nation zugefügt worden sind.

Ich denke, für Bolschewiki, für Kommunisten ist es überflüssig, das noch weiter und eingehend zu erklären. Und ich glaube, im gegebenen Fall, in dem es sich um die georgische Nation handelt, haben wir ein typisches Beispiel dafür, wo eine wahrhaft proletarische Einstellung größte Vorsicht, Zuvorkommendheit und Nachgiebigkeit unsererseits erfordert. Ein Georgier, der sich geringschätzig zu dieser Seite der Sache verhält, der leichtfertig mit Beschuldigungen des „Sozialnationalismus“ um sich wirft (während er selbst ein wahrer und echter „Sozialnationalist“, ja mehr noch, ein brutaler großrussischer Dershimorda ist), ein solcher Georgier verletzt im Grunde genommen die Interessen der proletarischen Klassensolidarität, weil nichts die Entwicklung und Festigung der proletarischen Klassensolidarität so sehr hemmt wie die nationale Ungerechtigkeit und weil die „gekränkten“ nationalen Minderheiten für nichts ein so feines Gefühl haben wie für die Gleichheit und für die Verletzung dieser Gleichheit, sei es auch nur aus Fahrlässigkeit, sei es auch nur im Scherz, für die Verletzung dieser Gleichheit durch ihre Genossen Proletarier. Deshalb ist in diesem Falle ein Zuviel an Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gegenüber den nationalen Minderheiten besser als ein Zuwenig. Deshalb erfordert in diesem Falle das grundlegende Interesse der proletarischen Solidarität und folglich auch des proletarischen Klassenkampfes, dass wir uns zur nationalen Frage niemals formal verhalten, sondern stets den obligatorischen Unterschied im Verhalten des Proletariats einer unterdrückten (oder kleinen) Nation zur unterdrückenden (oder großen) Nation berücksichtigen.

*Lenin*

Niederschrift: M. W.

31.12.1922

Fortsetzung der Aufzeichnungen.

31. Dezember 1922

Was für praktische Maßnahmen sind nun bei der entstandenen Lage zu ergreifen?

Erstens muss man die Union der Sozialistischen Republiken bestehen lassen und festigen; über diese Maßnahme kann kein Zweifel sein. Wir brauchen sie ebenso wie das kommunistische Weltproletariat für den Kampf gegen die Weltbourgeoisie und für die Verteidigung gegen ihre Intrigen.

Zweitens muss man die Union der Sozialistischen Republiken, was den diplomatischen Apparat betrifft, bestehen lassen. Nebenbei bemerkt, bildet dieser Apparat eine Ausnahme in unserem Staatsapparat. Wir haben dort keine einzige irgendwie einflussreiche Person aus dem alten zaristischen Apparat zugelassen. Der ganze irgendwie maßgebende Apparat besteht dort aus Kommunisten. Deshalb hat sich dieser Apparat schon (das kann man ohne weiteres sagen) den Ruf eines bewährten kommunistischen Apparats erworben, der in unvergleichlich, unermesslich höherem Maße von dem alten zaristischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Apparat gesäubert ist als jener, mit dem wir uns in den anderen Volkskommissariaten behelfen müssen.

Drittens muss man Gen. Ordshonikidse exemplarisch bestrafen (ich sage das mit um so größerem Bedauern, als ich persönlich zu seinen Freunden gehöre und im Ausland, in der Emigration mit ihm zusammengearbeitet habe) sowie alle Materialien der Kommission Dzierzynskis nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen, um die Unmenge von Unrichtigkeiten und voreingenommenen Urteilen, die es dort zweifellos gibt, zu korrigieren. Politisch verantwortlich für diese ganze wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne müssen natürlich Stalin und Dzierzynski gemacht werden.

Viertens muss man äußerst strenge Vorschriften hinsichtlich des Gebrauchs der nationalen Sprache in den nichtrussischen Republiken erlassen, die unserer Union angehören, und die Befolgung dieser Vorschriften besonders sorgfältig kontrollieren. Zweifellos werden bei uns, wie unser Apparat heute beschaffen ist, unter dem Vorwand des einheitlichen Eisenbahnbetriebs, unter dem Vorwand des einheitlichen Fiskus usw. eine Menge von Missbräuchen echt russischer Art Platz greifen. Für den Kampf gegen diese Missbräuche bedarf es besonderer Findigkeit, ganz zu schweigen von der besonderen Aufrichtigkeit jener, die einen solchen Kampf aufnehmen. Hier ist ein detaillierter Kodex nötig, den nur die Angehörigen der Nation, die in der betreffenden Republik leben, einigermaßen erfolgreich zusammenstellen können. Dabei soll man keinesfalls von vornherein die Möglichkeit ausschließen, dass man auf Grund dieser ganzen Arbeit auf dem nächsten Sowjetkongress wieder einen Schritt zurück macht, d. h. die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nur in militärischer und diplomatischer Hinsicht bestehen lässt, in jeder anderen Hinsicht aber die volle Selbständigkeit der einzelnen Volkskommissariate wiederherstellt.

Man muss in Betracht ziehen, dass die Zersplitterung der Volkskommissariate und die fehlende Koordinierung ihrer Arbeit mit Moskau und den anderen Zentren durch die Autorität der Partei ausreichend wettgemacht werden kann, wenn von dieser Autorität einigermaßen umsichtig und unvoreingenommen Gebrauch gemacht wird; der Schaden, der unserem Staat daraus entstehen kann, dass die nationalen Apparate mit dem russischen Apparat nicht vereinigt sind, ist unermesslich geringer, unendlich geringer als jener Schaden, der nicht nur uns erwächst, sondern auch der ganzen Internationale, den Hunderte Millionen zählenden Völkern Asiens, dem in der nächsten Zukunft bevorsteht, nach uns ins Rampenlicht der Geschichte zu treten. Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die kleinste Grobheit und Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen nichtrussischen Völkern untergraben würden. Eine Sache ist die Notwendigkeit, uns gegen die westlichen Imperialisten zusammenzuschließen, die die kapitalistische Welt verteidigen. Hier kann es keine Zweifel geben, und ich brauche nicht erst zu sagen, dass ich diese Maßnahmen rückhaltlos gutheiße. Eine andere Sache ist es, wenn wir selbst, sei es auch nur in Kleinigkeiten, in imperialistische Beziehungen zu den unterdrückten Völkerschaften hineinschlittern und dadurch unsere ganze prinzipielle Aufrichtigkeit, unsere ganze prinzipielle Verteidigung des Kampfes gegen den Imperialismus völlig untergraben. Denn der morgige Tag der Weltgeschichte wird eben der Tag sein, an dem die vom Imperialismus unterdrückten Völker, die sich schon regen, endgültig erwachen werden, an dem der lange und schwere Entscheidungskampf um ihre Befreiung beginnen wird.

*Lenin*

31.12.1922

Niederschrift: M. W.

## ANMERKUNGEN

1. Den Brief an den Parteitag diktierte W. I. Lenin in der Zeit vom 23. bis 26. Dezember 1922, die „Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922“ aber am 4. Januar 1923. Dieser Brief wie auch die darauf folgend veröffentlichten Briefe „Über die Ausstattung der Staatlichen Plankommission mit gesetzgeberischen Funktionen“ und „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“ lehnen sich an die letzten Arbeiten W.I. Lenins an, die programmatische Bedeutung besitzen: „Tagebuchblätter“, „Über das Genossenschaftswesen“, „Über unsere Revolution (Aus Anlass der Aufzeichnungen N. Suchanows)“, „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen (Vorschlag für den XII. Parteitag)“ und „Lieber weniger, aber besser“. Diese Arbeiten diktierte er im Januar–Februar 1923, und sie wurden auch damals in der „Prawda“ veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 33.) Die Briefe über innerparteiliche Fragen wurden zu jener Zeit nicht veröffentlicht; der Brief „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘ “ wurde auf einer Beratung der Delegationsleiter des XII. Parteitags im Zusammenhang mit der Erörterung der nationalen Frage verlesen; der Brief „Über die Ausstattung der Staatlichen Plankommission mit gesetzgeberischen Funktionen“ wurde im Juni 1923 an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK und an die Präsidiumsmitglieder des Zentralexekutivkomitees geschickt; der „Brief an den Parteitag“ wurde in den Delegationen auf dem XIII. Parteitag der KPR(B) verlesen. 1956 wurden diese Briefe Lenins auf Beschluss des Zentralkomitees der Partei den Delegierten des XX. Parteitags der KPdSU zur Kenntnis gebracht, an die Parteiorganisationen versandt und in der Zeitschrift „Kommunist“ Nr.9 veröffentlicht und als Broschüre in Massenaufgabe herausgegeben.
2. Der politische Beobachter der im Jahre 1922 in Prag erscheinenden weißgardistischen Zeitschrift Peter Struves „Russkaja Mysl“ war nicht S. F. Oldenburg (wie im Brief gesagt wird), sondern S. S. Oldenburg. S. F. Oldenburg ist der bekannte russische Gelehrte und Orientalist, der 1922 ständiger Sekretär der Akademie der Wissenschaften war.
3. Gemeint ist das kapitulantenhafte Verhalten Sinowjews und Kamenews in den Sitzungen des ZK der Partei am 10. (23.) und 16. (29.) Oktober 1917, als sie gegen Lenins Resolution über die sofortige Vorbereitung des bewaffneten Aufstands auftraten und dagegen stimmten. Nachdem Kamenew und Sinowjew in beiden Sitzungen entschieden zurückgewiesen worden waren, veröffentlichten sie am 18. Oktober in der menschewistischen Zeitung „Nowaja Shisn“ eine Erklärung des Inhalts, dass die Bolschewiki den Aufstand vorbereiten, dass sie beide aber den Aufstand für ein Abenteuer halten. Damit verrieten sie den streng geheimen Beschluss des ZK über die unmittelbare Organisation des Aufstands an Rodsjanko und Kerenski. Am gleichen Tag verurteilte W. I. Lenin in dem „Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki“ diese Handlungsweise und bezeichnete sie als unerhörtes Streikbrechertum.
4. „Autonomisierung“ – der Plan, die Sowjetrepubliken durch ihren Eintritt in die RSFSR auf der Grundlage der Autonomie zu vereinigen. Dieser Plan lag dem „Resolutionsentwurf über die Beziehungen zwischen der RSFSR und den unabhängigen Republiken“ zugrunde, der von J. W. Stalin vorgeschlagen und im September 1922 von einer Kommission des ZK angenommen wurde, die gebildet worden war, um die Frage der weiteren Beziehungen zwischen der RSFSR, der Ukrainischen SSR, der Belorussischen SSR und der Transkaukasischen Föderation für das Plenum des ZK vorzubereiten. In seinem Brief vom 26. September 1922 an die Mitglieder des Politbüros übte W. I. Lenin an diesem Entwurf ernste Kritik. Er schlug

eine prinzipiell andere Lösung der Frage vor – den freiwilligen Zusammenschluss aller Sowjetrepubliken, darunter auch der RSFSR, zu einem neuen Staatsgebilde, der Union der Sowjetrepubliken, auf der Grundlage ihrer vollen Gleichberechtigung. W. I. Lenin schrieb: „... wir betrachten uns und die Ukrainische SSR u. a. als gleichberechtigt, und wir werden zusammen und auf gleichem FuÙe mit ihnen der neuen Union, der neuen Föderation beitreten ...“ Die Kommission des ZK arbeitete den Resolutionsentwurf entsprechend den Weisungen W. I. Lenins um. Der neue Entwurf, der von den Leninschen Weisungen ausging, wurde im Oktober 1922 vom Plenum des Zentralkomitees der Partei bestätigt. Auf der Grundlage des ZK-Beschlusses wurde die Vorbereitungsarbeit für die Vereinigung der Republiken entfaltet. Am 30. Dezember 1922 fasste der 1. Unionskongress der Sowjets den historischen Beschluss über die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. W. I. Lenin, der größten Wert auf eine richtige nationale Politik und auf die praktische Verwirklichung der Deklaration und des Vertrags legte, die vom Sowjetkongress angenommen worden waren, diktierte den Brief „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“ am 30. und 31. Dezember 1922. W. I. Lenins Brief wurde in einer Sitzung der Leiter der Delegationen zum XII. Parteitag der KPR(B) verlesen, der im April 1923 stattfand. Der Parteitag nahm eine Resolution „Zur nationalen Frage“ an, der die Leninschen Leitsätze zugrunde lagen.

5. Gemeint sind die Plenartagungen des ZK der KPR(B) im Oktober und Dezember 1922. Auf der Tagesordnung der Plenartagungen standen Fragen, die mit der Gründung der UdSSR zusammenhingen.